Schreibtischtäter

Sie zerstören das Gemeinwohl

www.wlym.de - Bürgerrechtsbewegung Solidarität

BüSo

Daniel Buchmann, Spitzenkandidat der BüSo für das Berliner Abgeordnetenhaus, wendet sich mit diesem Offenen Brief an die Berliner:

Berlins Zukunft als Drehscheibe Eurasiens

Liebe Berlinerinnen und Berliner!

Unsere Stadt befindet sich in der schwersten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wer die Lage insbesondere seit 1989 beobachtet, ist erstaunt über die Geschwindigkeit, mit der wirtschaftlicher Kahlschlag und gesellschaftlicher Zerfall um sich greifen. Hohe Arbeitslosenzahlen, eine staatlich verordnete Sparpolitik (besser: Austeritätspolitik), die die unteren 80 % trifft und die oberen 5 % unbehelligt läßt, kaputte Infrastruktur, Notstand im Gesundheitswesen, die für ein Anspruch auf Zivilisation erhebendes Land absolut peinliche Situation in den Schulen und Universitäten sowie Drogenhandel überall in der Stadt — dies sind sichere Zeichen, daß diese Stadt und ganz Deutschland, wenn es überleben möchte, einer dringenden und umfassenden Kursänderung bedarf.

Die etablierten Parteien von PDS bis CDU sind dazu nicht in der Lage, da deren „Reformen“ dazu neigen, Probleme nur zu verschleppen und zu verschlimmern. Auch die linken und rechten Protestparteien gehören eher ins Gruselkabinett als in die Politik.

In dieser Broschüre werden wir einige ernstzunehmende Lösungen präsentieren, soweit dies in der gedrängten Kürze möglich ist.

Eigentlich weiß jeder, daß unter den Bedingungen, wie Politik bisher gemacht wurde, keine Lösung zu erwarten ist. Da wir aber nicht warten können, bis unsere selbstverliebten Politiker ihre schlechten Gewohnheiten ändern, ist es an der Zeit, daß die Wähler selbst ihre Gewohnheiten ändern und verstehen lernen, daß es ihr eigenes Schicksal ist, das auf dem Spiel steht, und daß sie es sind, die ihr Denken ändern müssen, wenn sie sich und ihr Land aus dieser Krise befreien wollen.

Die Krise seit 1989

Zunächst möchte ich feststellen, daß die eingangs genannten Krisensymptome keinesfalls das Resultat irgendwelcher natürlicher Entwicklungen sind, sondern einzig die Folge einer absichtlichen Demontage des gesellschaftlichen Fundaments.

Daniel Buchmann kandidiert als BüSo-Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Als die Mauer, die Deutschland teilte, 1989 dem Druck der Bevölkerung nicht mehr standhielt, hörte man aus den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens ein Schreien und Toben, das Rumpelstilzchen aus Grimms Märchen in den Schatten stellte. Die notorischen Deutschlandhasser Thatcher und Mitterrand setzten zusammen mit der internationalen Finanzoligarchie alles in Bewegung, um den historischen Moment zu einem sozialen und ökonomischen Desaster werden zu lassen und zu verhindern, daß Deutschland seine politisch-ökonomische Souveränität zurückgewinnt.

www.bueso.de

Um das zu verstehen, führe man sich vor Augen, warum am 30. November 1989 der damalige Chef der Deutschen Bank und wichtigste Berater von Bundeskanzler Kohl, Alfred Herrhausen, ermordet wurde. Herrhausen plante für die Volkswirtschaften der RGW-Staaten, insbesondere Polens, eine Entwicklungsbank nach dem Modell der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau. Ähnlich wie in LaRouches Programm des „Produktiven Dreiecks“ vorgesehen, wollte er die produktiven Kräfte Osteuropas erhalten und modernisieren, statt sie dem freien Markt auszusetzen. So hätten die Ostkontakte der DDR-Betriebe genutzt werden können, ein gesamteuropäisches Wirtschaftswunder mit einer Schlüsselrolle für Deutschland in Gang zu setzen.

Weniger als eine Woche nach dem Attentat auf Herrhausen stellte der französische Präsident die erpresserische Forderung, Deutschland müsse zustimmen, seine nationale Währung aufzugeben, bevor Frankreich der deutschen Einheit zustimme. Damit war der Weg für den monströsen Maastrichter Vertrag frei, der die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung vorschrieb. Deutschland und den anderen Mitgliedern der Europäischen Währungsunion wurden alle Kreditmechanismen verboten, die wir heute so dringend für Investitionen in neue Arbeitsplätze brauchen. Es ist höchste Zeit, den Maastrichter Vertrag aufzukündigen und wieder nationale Währungen mit nationaler produktiver Kreditschöpfung einzuführen. Eine Regierung, die keine eigene Währung und eigenen Kredit hat, ist keine souveräne Regierung, sondern nur eine Marionette von Bankiers. Wenn Deutschland also ein souveräner Staat sein will und seiner Verantwortung zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen gerecht werden

will, ist eine Rückkehr zur D-Mark dringende Vorausbedingung.

Der Ausweg: Die Eurasische Landbrücke

1991 veröffentlichten Lyndon LaRouche und Helga Zepp-LaRouche das Projekt der „Eurasischen Landbrücke“. Inhalt und Ziel war der Ausbau eurasischer Transport- und Entwicklungskorridore, um die Bevölkerungszentren Ostasiens mit den Rohstofflagern Zentral- und Nordasiens und den industriellen und technologischen Kapazitäten Europas zu verbinden. Von 1914-1989 war die Verbindung Europas und Asiens politisch unmöglich. Nun eröffnete sich endlich die Chance, an die Entwicklung der Transsibirischen Eisenbahn, den Orientexpreß Berlin-Bagdad vor dem Ersten Weltkrieg und die jahrtausendealte Seidenstraße anzuknüpfen.

Es fanden ungezählte Treffen mit Politikern, Akademikern und Unternehmern statt. Studien wurden ausgearbeitet und in vielen Sprachen verbreitet. 1996 endlich fand in Peking eine Konferenz zur Eurasischen Landbrücke statt, an der auch Helga Zepp-LaRouche teilnahm. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Eurasische Landbrücke zur offiziellen Politik mehrerer asiatischer Länder.

Die eurasische Perspektive für Berlin

Es ist der arroganten und aggressiven Politik der außer Kontrolle geratenen Regierung Cheney/Bush in den USA zu danken, daß die Nationen Asiens ihre Zusammenarbeit in einer Weise und Geschwindigkeit vertiefen, die jeden europäischen Beobachter erstaunen läßt. 2001 wurde die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) gegründet, an der sich Rußland, China und vier zentralasiatische Nationen beteiligten. Im Juni 2006 trafen sich in Shanghai die Staats- und Regierungschefs der SCO sowie Indiens, des Iran und Pakistans, wobei der Bankrott des internationalen Finanz- und Währungssystems mehr und mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte.

Dabei wird der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Staatsmann Lyndon LaRouche als Stimme des wahren Amerika und Vordenker einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung sehr genau wahrgenommen. Seit langem fordert LaRouche die Absetzung des Cheney-Bush-Regimes und die Reorganisierung des bankrotten Weltwährungs- und -finanzsystems.

Auch ist LaRouches Vorschlag zum Ausbau der Eurasischen Landbrücke überall in Rußland, China, Indien, Iran und der arabischen Welt hinlänglich bekannt und respektiert. Das Verständnis reift, daß das langfristige Überleben aller asiatischer Nationen nur durch die Landbrükke zu verwirklichen ist und daß hier die größten Wachstumspotentiale des 21. Jh. schlummern.

Es gibt weltweit Hunderte von Millionenstädten, viele in Asien, die so gut wie keine moderne Infrastruktur haben, die in Müll und Abwasser ersticken, die für die meisten ihrer Einwohner keine vernünftigen Behausungen haben, wo die meisten Menschen nur Nahrung minderwertiger Qualität verzehren können, etc.

> ***„Deutschland ist das einzige Land, in dem alle drei Hauptkorridore der Landbrücke zusammenlaufen. Somit ist Deutschland prädestiniert, Drehscheibe der Eurasischen Landbrücke zu sein. Berlin wiederum ist die Drehscheibe Deutschlands.“***

Die große Aufgabe der Menschheit wird es sein, in diese unterentwickelten Regionen Zivilisation und Menschenwürde zu bringen.

Das wird mit den Technologien des 20. Jh. wie den auf Erdöl basierenden Treibstoffen nicht möglich sein. Zu den Zukunftstechnologien gehören Treibstoffe auf Wasserstoffbasis und die Magnetschwebetechnik, die sehr schnell umgesetzt werden können, sobald der politische Wille dazu vorhanden ist.

Auch wenn unsere Politiker sich nicht der gesamten Tragweite dieser Entwicklungen bewußt sind, so verstehen sie doch, daß Deutschlands Beziehungen zu Rußland und China eine besondere Bedeutung zukommen muß. Deutschland ist das einzige Land, in dem alle drei Hauptkorridore der Landbrücke zusammenlaufen. Somit ist Deutschland prädestiniert, Drehscheibe der Eurasischen Landbrücke zu sein. Berlin wiederum ist die Drehscheibe Deutschlands. Genau hier liegt der Ansatzpunkt, eine umfassende Neuindustrialisierung Berlins und der Region einzuleiten — nicht als Selbstzweck, sondern als Sprungbrett nach Eurasien.

Im Gegensatz zu dem dümmlichen Gefasel der typischen 68er, Maschinen vernichteten Arbeitsplätze, gibt es weltweit und auch hierzulande einen massiven Mangel an Produktion industrieller Güter. Allein die Gemeinden Deutschlands beklagen einen Investitionsstau im Bereich der grundlegenden kommunalen Infrastruktur von über 600 Milliarden Euro. Weder in Straßen noch in Bahnstrecken und Brücken werden die nötigen Investitionen getätigt. Wasserversorgung, Stromversorgung, Schulen usw. sind in einem desolaten Zustand. Jedes Jahr gehen uns durch Massenarbeitslosigkeit und fehlende Investitionen Hunderte Milliarden an möglicher Wertschöpfung verloren. In anderen Ländern sieht es oft noch viel, viel schlechter aus.

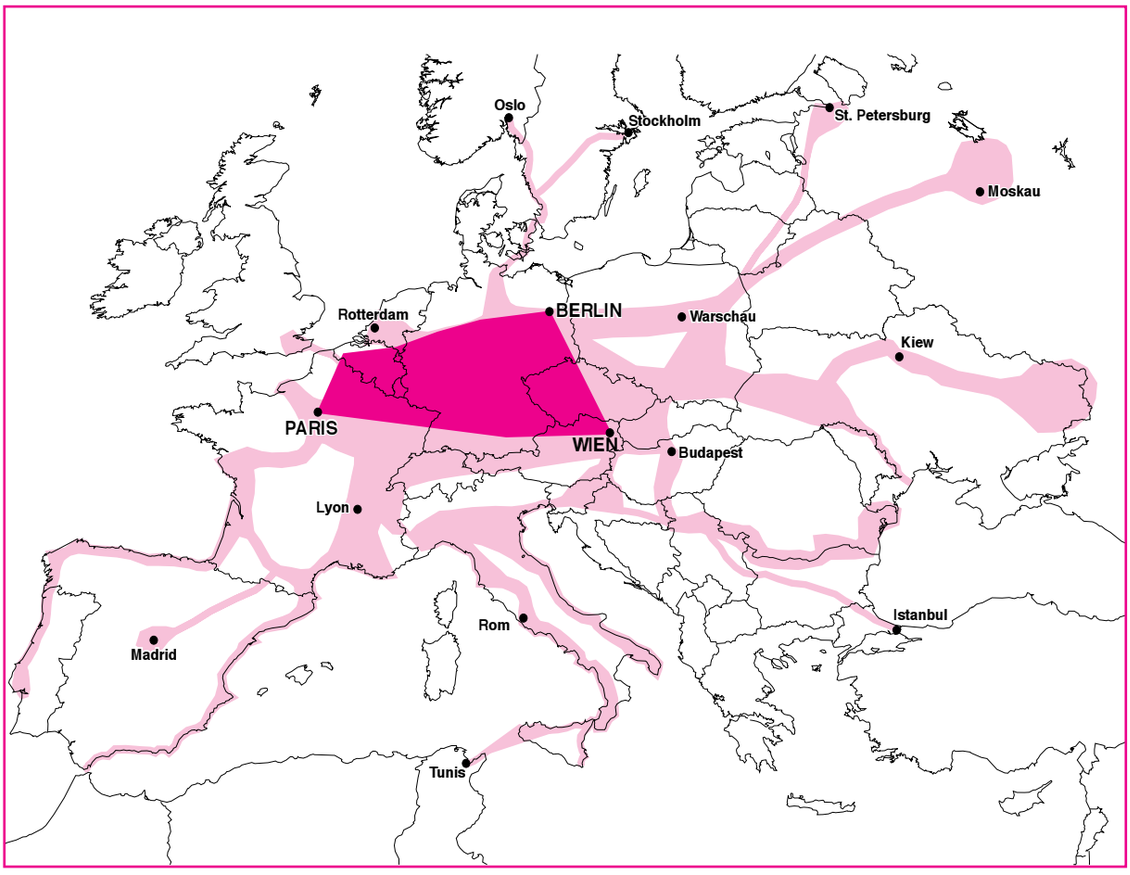
Diesen Mangel zu beseitigen wird noch sehr viel menschliche und maschinelle Arbeit erfordern. Berlin ist eine der Regionen, die dazu in der Lage wäre, die notwendigen Technologien zu produzieren, welche die Menschheit im 21. Jh. um einige Schritte nach vorn brächten.

Das Programm für Berlin

Der Schlüssel zur Reindustrialisierung Berlins liegt in seiner Rolle als Drehkreuz und Technologieproduktionszentrum für die Eurasische Landbrücke. Die Initialzündung für den wirklichen Aufschwung kann der Aufbau eines interkontinentalen Fracht- und Personenflughafens sein, wie er an Plätzen wie Sperenberg oder Jüterbog möglich wäre. Dieser Flughafen würde, wie man es uns in Shanghai vormacht, durch Transrapid mit dem Zentrum Berlins verbunden.

Diese Projekte dürfen, um erfolgreich zu sein, entgegen den jetzigen Vorschriften nicht europaweit ausgeschrieben werden, sondern müssen an bestehende und noch zu gründende Firmen in Deutschland und insbesondere in der Region Berlin-Brandenburg vergeben werden. So kann die Region Berlin-Brandenburg die produktiven Kräfte und Technologien entwickeln, die später zum Exportschlager für Eurasien werden.

Nebenbei bemerkt: Zur Zeit verfügt die Region Berlin-Brandenburg nicht einmal über die Firmen und Kapazitäten, den Schönefelder Flughafen selbst auszubauen. Das bisherige Flughafenkonzept würde nur eine Verschiebung der Arbeitsplätze von Tempelhof und Tegel nach Schönefeld bedeuten. Weder der Flughafenbetrieb noch der Bau schaffen auch nur einen einzigen *neuen* produktiven Arbeitsplatz.



LaRouches Konzept des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien" von 1988-90.

In Berlin können revolutionäre Infrastrukturtechnologien entwickelt, produziert, in der Praxis erprobt und verbessert werden, um diese Technologien der Welt anzubieten. Dazu gehören die Entwicklung von Antriebstechniken auf Wasserstoffbasis für Autos, CargoCap (unterirdische Güterverteilung in Ballungszentren) sowie Transrapid und Magnetschwebetechniken, die noch ganz am Anfang stehen, neue Systeme für den Überschallflug, der noch immer viel zu teuer ist, die Weltraumfahrt u.v.m.

Um diese neuen Industrien wird sich eine Zulieferindustrie bilden, die dem Werkzeugmaschinenbau massenhaft Aufträge geben wird. Dieser wird mit neuen Technologien auch ganz neue Wege beschreiten, z.B. ermöglicht die Lasertechnik ein präziseres Arbeiten als alle bisherigen Verfahrensweisen. Diese Entwicklungen werden in andere Bereiche wie Medizintechnik, Erforschung und Herstellung neuer Werkstoffe etc. hineinwirken.

Die Reindustrialisierung Berlins ist der Schlüssel zur Schaffung des volkswirtschaftlichen Vermögens, das notwendig ist, um alle Funktionen der modernen Gesellschaft: Bildung, Gesundheit, Sozialstaat, Kultur und grundlegende Infrastruktur aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

Es ist nicht möglich, die Haushaltskrise und Arbeitslosigkeit durch Sparpolitik und die Gesetze des freien Marktes in den Griff zu bekommen. Schuldenabbau funktioniert nur durch Investitionen, Arbeitsplätze schafft man nur durch Investitionen in neues Volksvermögen. Dazu hat der Staat das Recht und die Pflicht.

Dazu müssen die alten Trauervorstellungen von der Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft, die sich damit abfinden, daß in Deutschland nicht mehr produziert wird, ad acta gelegt werden.

Ein neues Paradigma ist nötig

Sollten Sie zu den Zeitgenossen gehören, die nach all den Jahren politischer Korruption und schwachsinnigen Fernsehgequassels den Glauben an die Möglichkeit solcher Projekte oder irgendwelcher positiver Veränderungen verloren haben, kann ich Ihnen mitteilen, daß hinter unseren Ideen eine Bewegung von Menschen zwischen 18 und 25 Jahren steht, die zu jung ist, um Betonkopf zu sein, und zu alt, um Faxen zu machen. In dieser Gesellschaft, die den Glauben an die nächsten Generationen verloren hat, die im Hier und Jetzt ihre unmittelbare Befriedigung der Sinne sucht, liegt die einzige Hoffnung darin, daß die Jugend und die jungen Erwachsenen die zum Scheitern verurteilten Marotten der 68er nicht übernehmen und sich bessere Ideale unter solchen Denkern sucht, welche die Menschheit wirklich vorangebracht haben.

Deshalb kandidieren mit mir auch eine ganze Reihe von jungen Kandidaten auf der BüSo-Liste für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen. Unser Glaube an die Zukunft kommt nicht von romantischer Schwärmerei, sondern daher, daß wir unser Leben dafür einsetzen, nicht nur kurzfristige Veränderungen, sondern auch dauerhaft eine Renaissance der klassischen Kultur und Wissenschaft zu erzielen.

Wir werden das Weltfinanzsystem nur reorganisieren und neue Arbeitsplätze schaffen können, wenn wir über den Bauchnabelrand hinausdenken. Eine humanistische Renaissance in Politik, Wirtschaft, Kultur *und* Wissenschaft ist das Mindeste, was notwendig ist, um die menschliche Zivilisation insgesamt von den gegenwärtigen Kinderkrankheiten der Menschheit zu befreien und sie einige Schritte nach vorne zu bringen.

Die 68er Generation, wie sie zur Zeit die Parteien und die Politik dominiert, hat sich mit ihren neoliberalen und grünen Hirngespinsten in den Augen aller Menschen, deren Existenz darauf beruht, mit beiden Beinen in der realen Welt zu stehen, gründlich disqualifiziert. Es wird Zeit, daß die Menschen, die es besser wissen, ihre Wahlgewohnheiten ändern und frischen Ideen und frischen Köpfen die Chance geben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Ihr Daniel Buchmann
Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus auf Platz 1 der BüSo-Landesliste und Direktkandidat im WK 6 Marzahn-Hellersdorf

www.wlym.de

Wer sind die Feinde Berlins?
Wer macht Deutschland kaputt?

Von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Auf das gigantische Ablenkungsmanöver „Fußballweltmeisterschaft“ folgt nun der Katzenjammer. Denn während man sich von der Fußballmanie anstekken ließ und von Party zu Party rannte, fand in Deutschland der größte Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung und Abbau der sozialen Errungenschaften seit den 30er Jahren statt. Bundeskanzlerin Merkel schockte die Öffentlichkeit mit ihrer Formulierung, Deutschland sei ein „Sanierungsfall“, was ja wohl die Idee beinhaltet, daß der Staat bankrott ist. Aber warum ist das so?

Warum haben wir in Deutschland inzwischen rund neun Millionen Arbeitslose, warum haben wir in Berlin nur noch fünf (!) Prozent der Maschinenbaukapazitäten von 1989, warum verlieren wir seit Jahren jährlich rund 40 000 mittelständische Betriebe, warum droht ein Großteil der noch verbliebenen Industrie in den Osten verlagert zu werden? Warum stürzt ein immer größerer Teil der Bevölkerung in die Armut ab? Und warum tut die Regierung nichts, um diesem katastrophalen Kahlschlag Einhalt zu gebieten?

Die gegenwärtige Systemkrise ist einerseits das Resultat des Wertewandels, der seit nun beinahe 40 Jahren die G-7-Staaten von Gesellschaften von Produzenten in nachindustrielle Gesellschaften von Konsumenten und Spekulanten verwandelt hat. Dieser Prozeß ist seit fast vier Jahrzehnten im Gang. Aber was darüber hinaus in Berlin seit 1991 und vor allem in den letzten Jahren geschieht, ist bewußte Demontage, absichtliche Deindustrialisierung. Aber warum? Wer könnte ein Interesse daran haben, Berlin zu ruinieren, wer könnte absichtlich Deutschland als Industrienation kaputt machen wollen?

Um diese Frage richtig zu beantworten, muß man den größeren strategischen und historischen Kontext zu betrachten. Und auch wenn der gestreßte Zeitgenosse sich oftmals weigern will, die größeren Zusammenhänge zu betrachten, und insistiert: „Ich will aber wissen, wie ich mein persönliches Problem hier und jetzt lösen kann“, dann muß ganz klar gesagt werden, daß die Welt eben komplizierter ist, und daß man das persönliche konkrete Problem nur lösen kann, wenn man die größeren Zusammenhänge durchblickt.

Wir haben heute nicht nur mit Ausnahme einiger Wachstumsländer eine weltweite Depression, die in ihrem Ausmaß sogar über die der 30er Jahre hinausgeht, es gibt heute auch wieder internationale Finanzkräfte, die wie die Kartelle in den 20er und 30er Jahren um ihrer ungezügelten Profitgier willen versuchen, faschistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Wenn sie dabei wertvolle industrielle Kapazitäten zerstören, wie es z.B. die Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften tun, ist ihnen das letztlich sogar recht, denn die Drahtzieher hinter diesen „Heuschrecken“ streben aus ideologischen Gründen eine neofeudale Weltordnung an, in der sie die Macht besitzen, indem sie Rohstoffe, Energie und Sachwerte kontrollieren.

Irrtümlicherweise denken viele Leute, daß hinter diesen Heuschrecken irgendwie „die USA“ stecken. Aber ein gigantischer Skandal, der in den USA im Falle des Bankrotts der Autoindustrie aufgedeckt worden ist, verdeutlicht, daß die Vereinigten Staaten von diesen Finanzinteressen genauso kaputtgemacht werden wie Europa und die Entwicklungsländer. Werfen wir einen kurzen Blick auf diesen Skandal, denn er hilft uns zu verstehen, was in Deutschland und in Berlin passiert.

Felix Rohatyn und die Bank Lazard

Seit etwa Februar vergangenen Jahres wurde deutlich, daß beinahe der gesamte amerikanische Autosektor, der immerhin ein Drittel der amerikanischen Maschinenbaukapazitäten ausmacht, wegen einer inkompetenten Politik der Manager vor dem Bankrott steht. Der amerikanische Oppositionspolitiker Lyndon LaRouche entwarf daraufhin einen Plan, wie man diese wertvollen Kapazitäten retten könnte, indem man sie umrüstet, um andere Güter für den Ausbau der im Argen liegenden amerikanischen Infrastruktur zu bauen — z.B. den Transrapid, Schleusen, Kraftwerke etc. LaRouche formulierte diesen Plan als Gesetzesvorlage für den Senat, der staatliche Notkredite für den Schutz und Umbau des Autosektors zur Verfügung stellen soll. Eine große Anzahl betroffener Betriebsräte und Vertreter der Autogewerkschaft UAW haben sich seitdem gemeinsam mit der LaRouche-Jugendbewegung im US-Senat für diese Initiative eingesetzt.

Als Hauptgegner LaRouches stellte sich der Banker Felix Rohatyn vom Bankhaus Lazard heraus, einer der Hauptgeldgeber vieler Senatoren, der diese ganz direkt mit dem Argument gegen LaRouche einzunehmen versuchte, dieser wolle die Autoindustrie nationalisieren. Aber es sollte noch dicker kommen: Die Gerichtsakten über das Konkursverfahren des größten US-Autozulieferers Delphi belegen, daß niemand anderer als dieser Felix Rohatyn bereits am 1. Mai persönlich den Plan zur vollständigen Auslagerung der Produktion des Delphi-Konzerns in Billigproduktionsländer, Vernichtung der Arbeitsplätze in den USA und Nichterfüllung der betrieblichen Rentenverpflichtungen mit seiner Unterschrift abzeichnete. Die Dokumente belegen, daß die Firmen *Rohatyn Associates* und *Rothschild, Inc.* Delphis totale „Globalisierung per Konkurs“ planten, wie es *Business Week* in der Ausgabe vom 24. April nannte.

Als dieser Auslagerungs- und Bankrottierungsplan, der intern dem Kodenamen „Nordstern“ trug, umgesetzt wurde, wurden zunächst die Gehälter der Autoarbeiter halbiert, während sich das Management in einem „Kompensationsplan“ 400 Millionen Dollar zuschusterte; dann wurden innerhalb von 45 Tagen 30 000 Facharbeiter entlassen, denen man als Ersatz für ihre Rentenansprüche lächerlich geringe Abfindungen bot, und gleichzeitig eine ganze Reihe von Delphi-Werken

über das Internet (!) versteigert. Und um das Maß voll zu machen, heuerte das Delphi-Management noch einen Rechtsbeistand für die UAW-Gewerkschaft für die Abwicklung der Arbeitsplätze an, den dieses Management großzügigerweise finanzierte — und wer war dieser „Rechtsbeistand“? Derselbe Felix Rohatyn, der den ganzen Plan eingefädelt hatte!

Die Dokumente belegen eindeutig, daß Rohatyn die treibende Kraft der Abwicklung des amerikanischen Autosektors ist, bei dem es direkt und indirekt um eine Million Arbeitsplätze geht! Dazu muß man wissen, daß die von ihm repräsentierte Bank Lazard (früher Lazard Frères) in Dokumenten der US-Regierung aus dem Zweiten Weltkrieg als die Bank identifiziert wurde, die zusammen mit der Banque-Worms-Gruppe zu den synarchistischen Finanzkreisen gehörte, die Mussolini und Franco unterstützt und Hitlers Machtergreifung finanziert hatten. Zu diesen Unterstützern Hitlers gehörten bekanntermaßen auch der Chef der Bank von England Montagu Norman und das Bankhaus Brown Brothers Harriman.

Lazard in Berlin

Was hat das alles mit Berlin zu tun? Eine ganze Menge. Denn während Felix Rohatyn Ende der 90er Jahre US-Botschafter in Paris war, war ein gewisser John Kornblum US-Botschafter in Berlin, und dieser Herr Kornblum ist heute der Deutschlandchef von Lazard in Berlin.

In einem Interview mit dem Internetnachrichtenbrief *Berlinboxx* gab Kornblum im letzten Jahr seine Vorstellungen für die Zukunft Berlins zum besten: „Berlin könnte seine Stärken in der Wissenschaftslandschaft bündeln und z.B. den Weg Bostons einschlagen. Vor 30 Jahren war Boston eine Stadt, die nach Wegen für die eigene Zukunft gesucht hat. Boston hat seine Universitäten genutzt, um Wissensstadt und -standort zu werden.“ Kornblum betont, seine Hauptorientierung in Berlin sei nicht, Geschäfte zu machen, sondern die „Nähe zur Politik“ zu suchen.

Nun muß man aber wissen, daß die Nutznießer des „Bostoner Modells“, bei dem in den 70er Jahren unter dem Stichwort „Stadterneuerung“ ein massiver Industrieabbau und die Verwandlung ehemaliger Industriegebiete und Arbeitersiedlungen in riesige Spekulationsobjekte im Dienstleistungsbereich stattfand, eine Gruppe von Bostoner Banken und Versicherungen war, die unter der Bezeichnung *The Vault*, „der Tresor“, bekannt sind. Innerhalb weniger Jahre wurde damals die Infrastruktur der Stadt, einschließlich so lebenswichtiger Dienste wie Polizei, Feuerwehr, Kanalisation und Krankenhäuser so weit abgebaut, daß sie kurz vor dem Zusammenbruch stand.

Im Prinzip ist in Berlin das gleiche schon in den letzten 15 Jahren geschehen: Die massive Deindustrialisierung ging einher mit der Förderung von Banken, Versicherungen, Medien, Film und „Hightech“, mit der Folge, daß es in der Stadt rund 500 000 Arbeitslose und viele verarmte Menschen gibt. Aber für Leute wie John Kornblum sind das halt die „Losers“, die „Verlierer“, gegen die das „Global business“ der Globalisierung „seine Methoden verteidigen“ müsse, wie er kürzlich in einer Rede sagte.

Felix Rohatyn: Ein Plan zur Demontage der US-Autoindustrie trägt seine Unterschrift.

Überhaupt halten Rohatyn und Kornblum nichts vom souveränen Nationalstaat, in dem die Politik den Bürgern Rechenschaft schuldig ist. Ihrer Meinung nach ist der Nationalstaat in der Welt der Globalisierung nicht mehr wichtig; vielmehr sollen die Städte eine größere Rolle spielen, und da vor allem das Zusammenspiel von smarten Bürgermeistern und „privaten Investoren“, die die früher vom Staat im Sinne des Gemeinwohls verwaltete Infrastruktur privatisieren. Zu diesem Zweck lancierten Rohatyn und Kornblum im Jahr 2000 eine internationale Bürgermeisterinitiative, die im wesentlichen den Zweck hat, weltweit Bürgermeister zu vernetzen, welche bereit sind, das städtische „Tafelsilber“ an Spekulanten zu verhökern und alle Bereiche wie Verkehr, Strom- und Wasserversorgung, Kanalisation etc. an profitgierige Privatanleger zu verkaufen. Die gestiegene Rechnung kann dann die Bevölkerung bezahlen.

Diese Finanzgruppen, von denen Lazard nach Ansicht von Marktinsidern nur die aggressivste ist, haben auch keine Hemmungen, mit ihren Beratungen bei „Umstrukturierungen“, „Übernahmen“ und „Fusionen“ von Firmen sowie dem anschließenden Verkauf von „Filetstücken“ und mit der Schließung von gesunden, schwarze Zahlen schreibenden Firmen riesige Industriekapazitäten zu vernichten. Dabei geht es zwar auch um Profit, aber mehr noch um Kontrolle.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist die Rolle, die Lazard in Berlin bei der Schließung der Firma CNH (Case and New Holland) spielte. CNH übernahm die Berliner Traditionsfirma Orenstein und Koppel, die Baumaschinen, Traktoren und Straßenbaumaschinen auf höchstem technologischen Niveau gebaut hatte. Orenstein und Koppel hatten ihre Produktion in den 90er Jahren in Berlin ausgeweitet, bis sie von CNH, einem Zusammenschluß von Case und New Holland, übernommen wurden. Die Beraterfirmen für diese Fusion war Goldman Sachs, Credit Suisse und Lazard Freres.

Die Übernahme von Orenstein und Koppel durch CNH wurde 2001 mit 70 Millionen Euro vom Berliner Senat unterstützt, mit dem „Versprechen“, daß die Produktion in Berlin verbleiben würde. Inzwischen hält der italienische FIAT-Konzern 71 Prozent Anteile an CNH, und bis 2001 saß Felix Rohatyn im Vorstand von FIAT. Ungeachtet aller „Versprechen“ kündigte das Management von CNH 2005 an, man werde die Fabrik in Berlin schließen und die Produktion nach Italien verlagern. Die CNH-Arbeiter streikten mehrere Wochen lang, aber weil eine Arbeiterfamilie gewöhnlich finanziell keinen langen Atem hat, akzeptierten sie kürzlich Abfindungszahlungen, und die Fabrik wird im Dezember schließen. Bezahlt CNH jetzt die 70 Millionen an den Senat zurück?

Wie immer arbeitet das Lazard-Netzwerk dabei nicht nur von einer Seite. Eine interessante Figur ist in diesem Zusammenhang der internationale Vorsitzende von CNH bis 2004, Jean-Pierre Rosso, der französische und amerikanische Staatsangehörigkeit besitzt und ausführliche Erfahrungen im Afrikageschäft von Honeywell Frankreich hat. Rosso sitzt heute u.a. im Vorstand von EURAZEO, die als eine der aggressivsten privaten Beteiligungsgesellschaften gilt. Und wer ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats von EURAZEO? Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Lazard, Michel David- Weill!

Die Wirtschaftszeitung *Business Week* beschrieb die Operationen von EURAZEO als wichtigem Akteur für die drei vereinigten Bankhäuser von Lazard in Paris, London und New York: „Der Zeitplan hät-

te für EURAZEO, das von David-Weill kontrolliert wird, nicht günstiger sein können. Europa entwickelt sich schnell zum gelobten Land für Übernahmen durch Beteiligungsgesellschaften. Agenturen wie die französische oder deutsche Telekom stoßen Teile von sich ab, um ihre Schulden zu reduzieren, ebenso wie Konzerne, die in Schwierigkeiten sind, wie ABB und Alstom."

Wovon hier die Rede ist, ist die brutale Übernahme durch die berüchtigten „Heuschrecken", durch Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften, die seit einiger Zeit in Deutschland und anderen Ländern alles übernehmen, was nicht niet- und nagelfest ist: Großunternehmen wie ABB und Telekom, mittelständische Betriebe, Villen, Sozialbauten, Schlösser — eben Sachwerte für die Zeit nach dem Crash. Diese Übernahmen weiten sich derzeit mit einem fieberhaften Tempo aus. Was auf der Strecke bleibt, ist Deutschland als Industrienation, die sich ein soziales Netz leisten kann.

Die Treuhand

Aber die „Abwicklung" der industriellen Kapazitäten vor allem in den neuen Bundesländern und in Berlin hat natürlich viel früher angefangen. Der entscheidende Einschnitt war die Ermordung des Treuhand-Chefs Rohwedder. Man erinnere sich: Am 8. März 1990 beschloß die letzte Volkskammer der DDR die Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) mit dem Zweck der „Wahrung des Volkseigentums". Aber schon bei der Regierung de Maizière war nicht mehr von „Volkseigentum" die Rede, im Gesetzesblatt vom 22.6.1990 hieß es schon „Privatisierung und Reorganisierung".

Für die gewaltige Aufgabe der Reorganisation der staatseigenen Betriebe — die Treuhand wurde die weltgrößte Industrieholding — wurde im August 1990 Detlev Karsten Rohwedder berufen, der sich einen hervorragenden Ruf als Retter der Hoesch AG errungen hatte. Rohwedder verstand nicht nur etwas von Realwirtschaft, er hatte auch ein ausgeprägtes Gefühl für die sozialen Folgen der Reorganisation und sah die Notwendigkeit, die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen.

Aber Rohwedder vertrat von Anfang an eine Minderheitsposition im Vorstand der Treuhand. Birgit Breuel, die sich als niedersächsische Wirtschaftsministerin mit einer spektakulären „Entstaatlichungs- und Entbürokratisierungskampagne" bereits einen Ruf als brutale Privatisiererin erworben hatte, vertrat im Treuhand-

Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer beschrieb Helga Zepp-LaRouche in diesem Buch (Böttiger Verlag, 1999), wie eine Sternstunde der Menschheit vertan wurde.

Vorstand die genau gegenteilige Position. Sie trat für eine sofortige Privatisierung ohne soziale Rücksichten an.

Aber Rohwedder kam nicht nur durch die Privatisierungsfraktion im Treuhand-Vorstand unter Druck; auch britische und amerikanische Consulting-Firmen und Investmentbanken warfen ihm vor, ausländische Investoren zu blockieren, und es wurde vorgeschlagen, „die ganze Privatisierung an private Investmentbanken abzugeben", welche dann für ein Erfolgshonorar arbeiten sollten. (*Handelsblatt* 26.11.1990) Aber auch CDU-Politiker griffen Rohwedder scharf an, darunter Biedenkopf und Geißler, der ihm „Versagen" vorwarf. Seine Erfahrungen mit der explosiven sozialen Lage bestärkten Rohwedder hingegen nur, daß „Sanierung" der Betriebe „vor Privatisierung" gehen müsse, weil die Arbeitsplätze erhalten werden müßten.

Dann wurde Rohwedder am 1. April 1991 erschossen. Die Umstände blieben unaufgeklärt und merkwürdig. Seltsamerweise tauchte eine Woche vorher, „just in time", eine Story über die RAF-Stasi-Verbindung auf, die sich alsbald als Medienente herausstellte, aber die Diskussion nach dem Mord erst einmal auf die so gelegte Fährte lenkte. Verschiedene Umstände, wie Lücken bei den Schutzmaßnahmen für Rohwedder und mangelnde Fahndungserfolge beim Versuch, das „Phantom RAF" dingfest zu machen, deuten eher auf „privatisierte Geheimdienstkreise" hin, wie sie John Perkins in seinem Buch *The Economic Hitmen* beschrieben hat. Seltsamerweise gingen die Ermittlungsbehörden nie der Frage nach, ob die Feinde Rohwedders vielleicht im Bereich der internationalen Finanzkreise zu suchen seien, die sehr wohl ein Motiv haben konnten, weil sie in ihm das Haupthindernis für ihre Profitgier sahen.

Das Blatt wendete sich für die Finanzkreise auf jeden Fall schlagartig, als Birgit Breuel die Nachfolgerin Rohwedders wurde. Der Kahlschlag, der mit der nun

Alfred Herrhausen (rechts) wollte in Osteuropa Entwicklungsbanken gründen. Detlev Karsten Rohwedder (links) vertrat als Treuhandchef die Politik: Sanieren kommt vor Privatisieren.

Helga Zepp-LaRouche gibt während ihrer Chinareise im Oktober 1998 am östlichen Terminal der Eurasischen Landbrücke, in der chinesischen Hafenstadt Lianyungang, ein Fernsehinterview.

einsetzenden ungebremsten Privatisierung stattfand, vernichtete das, worin die Bürger der neuen Bundesländer mit Recht ihr Lebenswerk sahen, aber westliche und internationale Finanzhaie machten den großen Reibach.

Wenn man den Prozeß, der in den neuen Bundesländern und teilweise auch in Berlin nach 1991 stattgefunden hat, insgesamt betrachtet, dann muß man feststellen, daß es sich um eine gigantische Enteignung der Bevölkerung gehandelt hat. Das oft bemühte Argument, man habe keinen Präzedenzfall für die Transformation des kommunistischen Systems gehabt, ist purer Sophismus. Lyndon LaRouche hatte sehr wohl ein Konzept für den Aufbau des Ostens, nämlich das Programm des *Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien*. Es beinhaltete die Idee, die industriellen Kapazitäten der neuen Bundesländer und Osteuropas für den Aufbau moderner Infrastruktur zu nutzen und sie gewissermaßen „aufzubrauchen", bis man sie durch moderne westliche Industriekapazitäten ersetzen konnte. Mit dem „LaRouche-Plan" hätte man im Osten genauso ein Wirtschaftswunder schaffen können, wie dies mit dem Marshallplan in der Bundesrepublik nach 1945 gelungen war.

Natürlich waren Margaret Thatcher und François Mitterrand absolut gegen die Wiedervereinigung und erpreßten Helmut Kohl, sie würden der deutschen Wiedervereinigung nur zustimmen, wenn Deutschland die D-Mark aufgibt und der vorgezogenen Europäischen Währungsunion zustimmt. Und damals sprach man in politischen Spitzenkreisen ganz offen davon, daß die Ermordung des Chefs der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, durch die gleiche angebliche „dritte Generation der RAF" eine klare Botschaft an Kanzler Kohl war, nur ja nicht auf die Idee zu kommen, daß Deutschland nun mit der Wiedervereinigung etwa die Souveränität erlangt hätte.

Diese internationalen Zwänge waren da, aber es ist einfach nicht wahr, daß es keine Alternative zu dem Kahlschlag gegeben hätte, denn auch Herrhausen hatte die Idee, den Osten mit den gleichen Methoden aufzubauen, wie dies mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau nach 1945 im Westen geschehen war. Eine diesbezügliche Rede wollte er Anfang Dezember 1989 in New York halten, wozu es durch den Mord nicht mehr gekommen ist. Und als Rohwedder sich für die Sanierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzte, wurde auch er getötet. Und Helmut Kohl konnte sich plötzlich nicht mehr an die „blühenden Landschaften" erinnern, die sehr wohl möglich gewesen wären. Stattdessen ließ man die Treuhand und die Finanzhaie gewähren.

Nun hat Birgit Breuel einen interessanten Hintergrund. Sie ist nämlich die Tochter des Hamburger Privatbankiers Alwin Münchmeyer. 1969 fusionierte die Münchmeyer-Bank mit zwei anderen „traditionsreichen" Banken, dem Hamburger Bankhaus Schröder und der Frankfurter Bank Hengst & Co., zur Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. Bank. Zumindest die Schröder-Bank hatte in der Vergangenheit langjährige Beziehungen zum amerikanischen Investmentbanking.

So war der frühere Chef der Schröder-Bank, Baron Rudolph von Schröder, vor dem Zweiten Weltkrieg Vizepräsident der Hamburg-Amerika-Linie (heute Hapag Lloyd), die damals eine Tochterfirma der US-Investmentbank Brown Brothers Harriman war. Brown Brothers Harriman war auch die Bank des Großvaters von George W. Bush, Prescott Bush, über die Gelder an die Nazis flossen. Rudolph von Schröder war ein enger Bekannter Averill Harrimans, eines Miteigentümers der Hamburg-Amerika-Linie, der eine federführende Rolle in der berüchtigten Eugenik-Gesellschaft in den USA spielte, die ihrerseits die größten Sympathien für die Rassentheorie der Nationalsozialisten hatte. Aus Dokumenten der US-Regierung geht hervor, daß man die vielfältige Unterstützung der Hamburg-Amerika-Linie für die Nationalsozialisten sehr wohl im Visier hatte. Ein anderes Familienmitglied war der bekanntere Kurt von Schröder, Mitdirektor der Thyssenhütte, der Hitler direkt finanziell unterstützte und gemeinsam mit Hjalmar Schacht dafür sorgte, daß Hitlers in Deutschland an die Macht kam.

Birgit Breuels Vater Alwin Münchmeyer berichtet in seiner Autobiographie, daß sein Vater im Februar 1939 im Rahmen der „Arisierung" der jüdischen Familie Rappolt das Geschäftshaus zu dem „niedrigen" Preis von 1,6 Millionen Reichsmark abgekauft hatte. Auch die späteren Fusionspartner Schröder Gebrüder & Co. hätten dem Konsortium angehört, das den Kaufvertrag „in einem Sitzungsraum bei den Schröders" unterzeichnete, wo während des Abschlusses eine „beinahe familiäre Atmosphäre" herrschte. Als vor den Wiedergutmachungskammern 1951 die Arisierungsfälle verhandelt wurden, erhielten die Erben der Rappolts abzüglich der Kaufsumme 42,5 Prozent ihres Besitzes zurück.

Es ist interessant, daß die Bank Lazard, deren deutsche Filiale 1999 gegründet wurde, einen großen Teil des Kundenstamms der früheren Bank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. übernommen hat, der übrige Teil ging an die Lloydsbank und dann an UBS. Lazard agiert jetzt als eine Art Schaltzentrale für Privatisierungen und Übernahmen, allerdings haben sie den Ruf besonderer Aggressivität in diesem Geschäft.

Nachdem Birgit Breuel die Treuhand im Interesse der internationalen Investmentbanken umgemodelt hatte, schalteten sich immer mehr Banken ein, die eine Art Maklerrolle bei Unternehmensverkäufen spielten. Die Treuhand arbei-

tete fortan eng mit Goldman Sachs, S.G. Warburg, CSFB Credit Suisse, First Boston, J.P. Morgan und Merrill Lynch zusammen. Äußerst zufrieden berichtete Goldman Sachs, man habe den Auftrag erhalten, für alle zehn Unternehmen der Petrochemie in den neuen Bundesländern internationale Käufer zu finden. Und wieviel ist von diesen Unternehmen übrig geblieben? Ähnlich zufrieden äußerten sich Goldman Sachs, S.C. Warburg und Merrill Lynch, erst durch die Treuhandprivatisierung habe sich das „M&A-Geschäft" in Deutschland aufgetan — M&A sind Mergers und Acquisitions, also Fusionen und Beteiligungen.

In der Tat hat mit der Treuhand-Übernahme durch Birgit Breuel ein gigantischer Umverteilungsprozeß stattgefunden; für die Banker und Profithaie fiel dabei „mehr als Butterbrot" (O-Ton Breuel) ab, die kleinen Leute wurden aber immer ärmer, ja sie durften noch zusätzlich über ihre Lohnsteuer die immer größeren Haushaltslöcher füllen, die durch die wachsende Arbeitslosigkeit gerissen wurden. Der Ausverkauf, der vor allem in den neuen Bundesländern und in Berlin stattgefunden hat und der gerade jetzt in diesen Monaten noch gesteigert wird, ist so enorm, daß man sich nur entsetzt fragen kann, wieso keine im Bundestag vertretene Partei etwas gegen die „Heuschrecken" und zur Verteidigung des Gemeinwohls tut. Parolen wie die von den Heuschrecken haben sich als Eintagsfliegen herausgestellt. Die Vermutung drängt sich auf, daß diese Parteien entweder korrupt oder völlig inkompetent sind. In beiden Fällen verdienen sie es nicht, wiedergewählt zu werden.

Die Wochenzeitung für eine neue gerechtere Weltwirtschaftsordnung

Neue Solidarität

Einführungsabo Online
3 Monate: 15 Euro
Jetzt abonnieren bei:
verlag@solidaritaet.com

Auf jeden Fall müssen die Strukturen, mit deren Hilfe diese synarchistischen Finanzinteressen die Bevölkerung ausrauben, genauer unter die Lupe genommen werden. Dazu gehören die Bilderberger-Gruppe ebenso wie Consultingfirmen, die sich als wichtiger aufspielen als Regierungen, oder etwa die Atlantik-Brücke, um nur einige herauszugreifen. In letzterer sitzt übrigens neben Birgit Breuel auch Prof. Dieter Feddersen, der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der Berliner Bankgesellschaft, deren Geschichte ein Skandal der besonderen Art ist.

Der Finanzsenator Thilo Sarrazin, der im übrigen das gleiche politische Profil hat wie Rohatyn und sich auch bisher schon beim Abbau von Staat und Industrie besonders hervorgetan hat, möchte nun auch noch eben diese Berliner Bankgesellschaft bis 2007 privatisieren. Bereits im Juni 2005 setzte Sarrazin ein Gesetz durch, das den Verkauf der Berliner Sparkasse und weiterer Einrichtungen der Berliner Bankgesellschaft ermöglichen soll. Als die Bundesfinanzaufsicht Bafin Widerspruch gegen den Verkauf der Berliner Sparkasse einlegte (bei den Sparkassen haben die sogenannten "kleinen Leute" ihre Sparguthaben), wandte sich Sarrazin an die Brüsseler EU-Kommission, um Rückendeckung zu bekommen. In früheren Zeiten hätte man so etwas Landesverrat genannt. Eines ist jedenfalls klar: Solange Sarrazin im Amt bleibt, hat Berlin keine Chance.

In den nächsten Wochen bis zum Wahltermin in Berlin wird immer deutlicher werden, daß das gegenwärtige System der Globalisierung, das mit IWF, Weltbank und Heuschrecken verbunden ist, hoffnungslos bankrott ist. Es wird auch immer deutlicher werden, daß der Euro nicht funktioniert, weil die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Eurozone immer extremer werden.

Die Initiative für eine neue Finanzstruktur in der Tradition von Franklin Roosevelts *New Deal* muß von den USA ausgehen, weil Amerika im Unterschied zu den europäischen Nationen in seiner Verfassung die Voraussetzungen für ein am Gemeinwohl ausgerichtetes staatliches Kreditsystem festgeschrieben hat. Wenn aber von den USA eine solche Initiative ausgehen wird, dann muß es in Europa, in Deutschland und in Berlin verantwortliche Politiker geben, die wissen, wie ein wirtschaftlicher Wiederaufbau in Gang gesetzt werden kann.

Daniel Buchmann wird ein um Größenordnungen besserer Regierender Bürgermeister sein als Diepgen, Momper und Wowereit zusammengenommen.

Landesliste der BüSo

für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Sept. 2006

Daniel Buchmann
Frank Hahn
Alexander Carl Pusch
Ulrike Lillge
Ilja Karpowski
Daniel-Enrico Grasenack-Tente
Monika Hahn
Dieter Kolb
Madeleine Fellauer
Evelin-Gisela Halke
Marlit Dietrich
Dr. Wolfgang Lillge
Jörg Pinkawa
Daniel Köppen
Rosa Tennenbaum
Solbjörg Kirchem
Björn Hinz
Heinrich-Wilhelm Köster
Gregoire Tombolo Wa Kadima Mukengechay

www. bueso.de/berlin

Berlin muß das industrielle „Tor Eurasiens“ werden!

Von Frank Hahn, BüSo-Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus

In den nächsten 10-15 Jahren müssen in Berlin und im Umland eine Million neue produktive Arbeitsplätze entstehen! Utopisches Wunschdenken? Realitätsferne Phantasterei? Keineswegs: Berlin ist mit solchen „Utopien“ überhaupt erst zur Metropole geworden! Berlin hatte vor 100 Jahren den Namen „Elektropolis“ — hier wurden 25% aller elektrotechnischen Produkte der Welt hergestellt. Hier entstand eine völlig neue Infrastruktur von Kraftwerken, Stromleitungen und den dazugehörigen Dampfturbinen, Generatoren, Transformatoren usw. Innerhalb weniger Jahre wurden dadurch in ganz Deutschland 7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Im 21. Jh. muß Berlin die Rolle einer „Mobilopolis“ übernehmen! Die Stadt ist der ideale Ort, um revolutionäre Verkehrstechnologien zu erforschen, zu erproben und mitsamt der dazugehörigen Infrastruktur zu produzieren. Der Grund hierfür liegt in der einzigartigen Dichte der vorhandenen und neu zu erschließenden Industrieareale Berlins und seines Umlands sowie seiner geographisch-strategischen Lage als Ausgangspunkt der Eurasischen Landbrücke. Abgesehen davon konzentriert sich bereits jetzt ein erhebliches Forschungs- und Entwicklungspotential der Verkehrstechnik im Raum Berlin/Brandenburg.

Um das zu verwirklichen, brauchen wir große Projekte. Diese Erkenntnis ist in vielen Fachkreisen der Wirtschaft und der Wissenschaft längst unbestritten, aber in der Politik noch nicht angekommen.

Der Staat ist gefragt

Hier ist der Staat gefragt, denn langfristige Investitionen in die Infrastruktur fallen vor allem in Krisenzeiten wie heute in den Aufgabenbereich des Staates. Am Ende des 19. Jh. gelang die industrielle Revolution in Deutschland besser als in anderen Ländern, weil es hier eine strategische Allianz aus Staat, Banken und Unternehmen gab.

„Aber der Staat ist hoch verschuldet!“ — diese notorische Reaktion ist politisch wie ökonomisch kurzsichtig und inkompetent. Wenn die öffentlichen Schulden überhaupt jemals abgebaut werden sollen, dann muß investiert werden! Nur so kann der Staat seine Einnahmen steigern, und zwar um so mehr, je größer der physisch meßbare Mehrwert ist, d.h. je höher die Rate des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts ist, die den Investitionen zugrundeliegt. Diese volkswirtschaftliche Binsenweisheit sollte selbst einem einfachen Buchhalter einleuchten!

Foto: IABG

Die erste Transrapid-Teststrecke im Emsland ist jetzt wieder für Besucher geöffnet.

Wie im Grundgesetz ist auch in der Berliner Landesverfassung der Grundsatz verbrieft, daß die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand nur durch die tatsächlich geplanten und getätigten Investitionen begrenzt ist. Hier gibt es also erheblichen Spielraum, der sofort genutzt werden muß.

Was die strategische Allianz von Staat, Banken und Unternehmen betrifft, so braucht Berlin neben privaten Banken, die sich wieder an langfristigen Investitionen statt an kurzfristiger Spekulation orientieren, einen starken öffentlichen Bankensektor.

Deswegen wird sich die BüSo im Abgeordnetenhaus dafür einsetzen, daß die Berliner Sparkasse im kommunalen Besitz bleibt und ihrem grundgesetzlich verbrieften Auftrag, dem Gemeinwohl zu dienen, nachkommt. Hier gilt es, Grundgesetz gegen europäisches Recht zu verteidigen! Darüber hinaus ist es ohnehin unabdingbar, daß Deutschland wieder seine souveräne Entscheidungsgewalt über grundsätzliche wirtschafts- und finanzpolitische Fragen zurückgewinnt. Der Vertrag von Maastricht sowie die diktatorische Rolle der Europäischen Zentralbank sind nicht nur unvereinbar mit demokratischen Prinzipien, sondern würgen den wirtschaftlichen Motor Europas ab, indem keine öffentlichen Finanzierungsinitiativen mehr zugelassen werden.

Was sollen 1 Million Menschen produzieren?

Das Denken hat sich längst dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft angepaßt, jede Phantasie wird abgewürgt. Dazu kommt eine banale „Verbrauchermentalität“: „Wir haben doch schon alles, was brauchen wir denn nun noch?“ Aber betrachtet man sich die Realität, sieht die Lage ganz anders aus:

Hochgeschwindigkeitsverkehr:

Das Herz weltwirtschaftlicher Entwicklung wird in Zukunft in Eurasien schlagen – die intensive Zusammenarbeit zwischen China, Rußland, Indien sowie Zentralasien in den Bereichen Energie, Rohstoffe, Infrastruktur und Städtebau bringt bereits jetzt die Notwendigkeit eines *integrierten eurasischen Hochgeschwindigkeitsnetzes* auf die Tagesordnung. Die Strecken werden sowohl mit dem konventionellen Rad-Schiene-System als auch auf Basis der Magnetschwebetechnik (Transrapid) gebaut werden. Ein enormer Bedarf an Frachtkapazitäten wird sich im Rahmen eines intensiven Technologieaustauschs zwischen Europa und Asien entwickeln wenn z.B. neu entdeckte Rohstoffvorkommen in Nordsibirien erschlossen, abgebaut und verarbeitet werden sollen. Der Aufbau von 50 000 bis 100 000 km neuer Hochgeschwindigkeitsstrekken mit dem entsprechenden „rollenden“ oder „schwebenden“ Material kann nur in Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien gelingen.

Luft- und Raumfahrt: Der Airbus A 380 ist das einzige innovative Projekt der europäischen Luftfahrtindustrie der letzten Jahre. Es ist aber keinesfalls eine revolutionäre Technologie. Diese ist jedoch dringend gefragt, wenn es um folgende drei Bereiche geht:

- 1. Europa verfügt über kein zukunftsorientiertes, bemanntes Raumtransportsystem; und das amerikanische „Space Shuttle“ wird spätestens 2010 ausgemustert. Es wäre also höchste Zeit, das Projekt des zweistufigen *Raumtransporters „Sänger“* endlich umzusetzen, nachdem in den 60er und 90er Jahren dafür der politische Wille gefehlt hat. Andernfalls ist der Transport zur Raumstation ISS nicht mehr gewährleistet.
- 2. Mit der ersten Stufe des „Sänger-Projekts“ würde man gleichzeitig den Einstieg in eine *neue Generation von Überschall- und Hyperschallflugzeugen* (auch für den Frachtverkehr) schaffen; auch dies ist vor dem Hintergrund des steigenden Frachtaufkommens innerhalb Eurasiens eine zwingende Notwendigkeit.
- 3. Die relative, tendenzielle Verknappung des Erdöls erfordert neue Antriebstechniken für Flugzeuge auf *Wasserstoffbasis*.

Öffentlicher Nahverkehr: Auch wenn seit der Wende viel getan wurde, um das öffentliche Nahverkehrsnetz Berlins instandzusetzen und auszubauen, besteht weiterhin ein erheblicher Investitionsbedarf. Der Ausbau des U-Bahn-Netzes auf 200 km (wie schon vor 50 Jahren geplant) gehört genauso dazu wie die Erneuerung von Strecken und Bahnhöfen der Berliner S-Bahn. Entscheidend werden Erprobung und Einsatz *neuer Technologien* im Nahverkehr sein: Kabinentaxis, Nahverkehrs-Magnetbahn, wasserstoffbasierte Treibstoffe bei Bussen etc.

„Mobilopolis“: Berlin als Produktionsstätte der Verkehrstechnik von morgen

Auf Grundlage dieser Überlegungen schlägt die BüSo vor:

Hochgeschwindigkeitsbahntechnik: Ein Anfangsprojekt der Eurasischen Landbrücke wäre eine *Transrapidtrasse* von Berlin nach Warschau und dann weiter nach Moskau. Das bestehende Waggonbau-Werk in Hennigsdorf kann sofort einen Teil der Transrapidzüge produzieren, weitere Produktionsstätten für den Transrapid, aber auch für Rad-Schiene-Lokomotiven, Waggons und Zulieferbetriebe ließen sich idealerweise auf den bis zu 1000 ha großen Industriearealen im Norden und Osten Berlins, in Marzahn-Hellersdorf sowie Lichtenberg, ansiedeln. Zwischen Hennigsdorf und Marzahn sollte ein moderneres „Nachfolgemodell“ zu der *Transrapidversuchsstrecke* im Emsland entstehen, wie es Anfang der 90er Jahre bereits geplant war. Zentren der eurasischen Bahnforschung mit Beteiligung russischer und chinesischer Wissenschaftler und Ingenieure sollten sich darum herum ansiedeln.

Luft- und Raumfahrt: Ein zentrales Projekt ist hierbei der *Flughafen Tempelhof*. Die BüSo setzt sich für den Erhalt dieses Flughafens als idealen Standort für

Europa braucht dringend einen eigenen Weltraumtransporter, denn das amerikanische Space Shuttle wird 2010 ausrangiert. Im Bild das Modell „Sänger“.

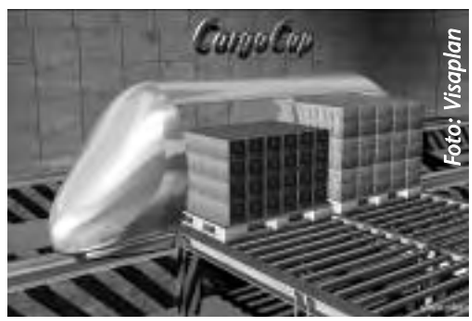


Foto: Visaplan

Das System „CargoCap“ eignet sich für den unterirdischen Gütertransport in Ballungsräumen.

den „kleinen“ Personen- und Frachtverkehr ein. Das historische Flughafengebäude ist mit seinen 300 000 m^2 Nutzfläche das größte zusammenhängende Gebäude Europas. Hier sollte ein integriertes Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionszentrum der Luft- und Raumfahrt entstehen. Von neuen Antriebstechniken bis zu neuen Materialien und Satelliten und ganzen Flugzeugen kann alles in Tempelhof produziert und getestet werden. Hier wäre der ideale Ort, um Komponenten des „Sänger-Projekts“ sowie neuer Überschallflugzeuge zu produzieren. Hier ließe sich in enger Kooperation mit den brandenburgischen Standorten Dahlewitz und Luckenwalde sowie den Hochschulen Wildau, Cottbus und Potsdam eine Infrastruktur aufbauen, die einmalig in Europa wäre: Unterirdische Transportsysteme (sog. „CargoCap“) könnten die erwähnten Produktions- und Forschungsstandorte der Luft- und Raumfahrt in Berlin/Brandenburg miteinander verbinden.

Dies steht nicht im Widerspruch zu dem von der BüSo geforderten interkontinentalen *Großflughafen* in Sperenberg, Jüterbog oder Stendal, sondern ist eine notwendige Ergänzung.

Öffentlicher Nahverkehr: Die bereits erwähnte Erforschung, Erprobung und Produktion neuer Nahverkehrstechnologien soll so weit entwickelt werden, daß die Stadt Berlin quasi zu einer permanenten „Ausstellung“ für die Anwendung revolutionärer Technologien im Nahverkehr wird. Damit leistet Berlin einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Nahverkehrsprobleme in den alten und neuen Millionenstädten Asiens und wird damit zum Zentrum des Exports solcher Systemlösungen im Nahverkehrsbereich.

Die noch existierende Fahrzeugtechnik in Berlin ist die Grundlage dafür, im Automobilsektor eine Revolution bei Werkstoffen und Antriebstechnik einzuleiten. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung *wasserstoffbasierter* Antriebe. Sowohl die Entwicklung und Produktion dieser Antriebstechniken als auch die Produktion von Wasserstoff auf Basis des *Hochtemperaturreaktors* (HTR) sollte in den traditionellen Standorten Moabit und Oberschöneweide angesiedelt werden.

Allein diese drei Bereiche der Verkehrstechnik von morgen werden langfristig bis zu 500 000 produktionsorientierte Arbeitsplätze in Berlin und Umland schaffen.

Auch die anderen offensichtlichen Zukunftstechnologien in Medizintechnik, Optik und Lasertechnik werden in Berlin eine große Zukunft haben. Ganz zu schweigen von der Perspektive der bemannten Raumfahrt in Form von Marsmissionen, die sich aus der Konzentration der Luft- und Raumfahrt im Berliner Raum auf natürliche Weise ergeben werden.

Vollbeschäftigung ist möglich — fangen wir in Berlin damit an!

Frank Hahn kandidiert auf Platz 2 der BüSo-Landesliste und als Direktkandidat im WK 7 Steglitz-Zehlendorf.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom BüSo-Landesverband Berlin, Postfach 652049, D-13315 Berlin.
V.i.S.d.P. Daniel Buchmann, Postfach 652049, D-13315 Berlin. *Juli 2006*
Bildnachweis Umschlag:
Titelseite:
Herr Rohatyn (o.m.): Stuart Lewis/EIR
Frau Breuel (u.l.): Dieter Röseler
Herr Kornblum (u.m.): arbeiterfotographie.com
Herr Sarrazin (u.r.): Senatsverwaltung Finanzen Berlin
Zerstörte Industrie: I. Bornemann
Hintergrund: Ryan Mahle
Rückseite:
Vordergrund: LYM
Hintergrund: Siemens Pressebild

Nötig sind Reformen wie Roosevelts New Deal und der Wiederaufbau nach 1945

Der Kampf für ein Notgesetz zur Rettung der Maschinenbaukapazitäten der US-Autoindustrie

Diese Rede hielt der amerikanische Ökonom und Oppositionspolitiker Lyndon LaRouche am 29. Mai 2006 auf Einladung von Prof. Wilhelm Hankel im Rahmen der Vorlesungsreihe ÚAktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik‡ vor mehr als 100 Zuhörern an der Universität Frankfurt.

Lyndon LaRouche (links) mit Prof. Wilhelm Hankel (rechts) bei einem Seminar über das „Neue Bretton Woods" Ende Juni in Berlin.

Ich möchte zunächst die Entwicklungen darlegen, die sich derzeit in den USA vollziehen und nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Welt von Bedeutung sind. Derzeit setze ich mich über unsere Freunde und Verbündeten für eine Gesetzesinitiative im amerikanischen Kongreß ein, die den Weg frei macht für eine allgemeine Reform, wie sie erforderlich ist, um die USA vor dem herannahenden allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Die Bedeutung einer solchen Veränderung in der Politik der USA liegt darin, daß sie eine Art Hebel wäre, um ein ähnliches Vorgehen in Zusammenarbeit mit Europa und anderen Teilen der Welt herbeizuführen. Dies gilt vor allem für die Situation hier in Deutschland.

Der Vorschlag ist im Kern sehr einfach: Teile der amerikanischen Automobilindustrie sollen in den kommenden zwei Jahren geschlossen werden. In der amerikanischen Automobilindustrie stößt man ähnlich wie in vergleichbaren Bereichen der deutschen Industrie auf die höchste Konzentration an Maschinenbauentwicklungskapazitäten in der Gesamtwirtschaft. Die Autoindustrie und die Luftfahrtindustrien weisen die höchste Konzentration an Entwicklungskapazitäten im Maschinen- und Werkzeugmaschinenbau auf. Wenn wir also zuließen, daß diese Industrie oder zwei Drittel davon geschlossen werden, verlören die USA diese wesentlichen Maschinenbauentwicklungskapazitäten, von denen ein Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft abhängt.

Meine Gesetzesinitiative wurde von zahlreichen Abgeordneten sehr begrüßt, die auch ihre Unterstützung zusagten, wenn sich die richtigen Persönlichkeiten im Kongreß an die Spitze stellen. Sie besagt folgendes: Die Regierung der USA soll im Rückgriff auf Franklin D. Roosevelt befristet Teilbereiche der Automobilindustrie übernehmen, die ansonsten zum Untergang verurteilt sind. Dann sollten wir die Maschinenbaukapazitäten der Automobilindustrie zur Herstellung anderer Produkte nutzen.

Wir brauchen beispielsweise ein Eisenbahnsystem, da das vorhandene zerstört ist. Unsere Wasserstraßen, Schleusen und Dämme sind überaltert und brechen zusammen. Wir stecken in einer beispiellosen Energiekrise. Viele Kraftwerke, die in den vergangenen 40 Jahren nicht ersetzt wurden, gelangen an das Ende ihrer Laufzeit und werden abgebaut werden. Wir brauchen diese und andere Dinge dringlichst für unsere grundlegende wirtschaftliche Infrastruktur. Und wenn wir das als Mittel einsetzen, um ein Wiederaufbauprogramm voranzutreiben, das ein ergänzendes Produktionsprogramm wäre, sind wir in der Lage, die Wirtschaft insgesamt auszuweiten.

Dies wurde schon in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts durch Harry Hopkins und einen seiner Mitarbeiter, der in Deutschland kein Unbekannter ist, Lucius Clay, getan. Es geht hier im Kern um ein „Roosevelt"-Programm.

Das „Anschubpotential"

So etwas nennt man allgemein das „Anschubpotential". Sie sind vielleicht mit diesem Begriff vertraut: In einer Volkswirtschaft, die dabei ist, zusammenzubrechen, – und das ist der Fall in allen Volkswirtschaften West- und Mitteleuropas sowie in den USA – muß man einen Weg finden, nicht nur einfach Arbeitsplätze zu schaffen. Wie Sie aus europäischen Untersuchungen wissen, funktioniert das nicht. Man muß vielmehr produktive Arbeitsplätze bereitstellen, die tatsächliches Wachstum [im Sinne einer realen Wertschöpfung] hervorrufen, wie dies mein Kollege hier [Prof. Hankel] mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Deutschland getan hat. Damals war genau diese auf Regeneration abzielende Kapazität wichtig, die dann mehr und mehr Produktion ermöglichte...

Dahinter steht natürlich das Amerikanische System der Politischen Ökonomie, das in Europa manchmal nicht verstanden wird. Dieses Amerikanische System der Politischen Ökonomie unterscheidet sich sehr von allen anderen Verfassungssystemen der Welt. Wir haben kein Wäh-

rungssystem, auch wenn wir manchmal so tun; wir haben in den USA ein nationales Kreditsystem. U.a. Friedrich List hat dieses „Amerikanische System“ in Deutschland bekannt gemacht. In einem solchen System liegt das Monopol für die Ausgabe von Geld bei der Bundesregierung. Das Drucken von Geld muß durch den Kongreß und insbesondere durch das Repräsentantenhaus bewilligt werden. Bei dieser Ermächtigung zum Drucken von Geld geht es nicht nur um die Ausgabe von Geld; es geht um die Schöpfung staatlichen Kredits, der dann über ein reguliertes Bankensystem im Rahmen der Kreditversorgung sowohl für öffentliche Zwecke wie für private Funktionen ausgegeben werden kann, die man als wichtig für die Nation ansieht.

Im Gegensatz zu den europäischen Systemen, die von Zentralbanksystemen dominiert werden, verfügen die USA über ihre eigene Autorität, ein eigenes Kreditsystem einzurichten. Dies impliziert natürlich hinsichtlich der Beziehungen zu einem zukünftigen Europa, daß wir zu etwas wie dem Bretton-Woods-System fester Wechselkurse zurückkehren müssen, wie es für den großen Wiederaufbau in der Nachkriegszeit notwendig war.

Das ist das allgemeine Bild: Wir brauchen eine Gesetzgebung, um über öffentliche Kredite die Übernahme und Ausweitung ansonsten verlorengehender wesentlicher Teile der Produktion zu finanzieren; wir brauchen den Einsatz des Pionierkorps im Rahmen seiner Funktionen hinsichtlich nationaler Sicherheit, Katastrophenhilfe und ähnlichem wie etwa bei der Flußregulierung, für den Bau von Häfen usw. Und zusätzlich setzen wir als Arbeitskräfte Jugendliche ein, die sonst vor einem ziemlich sinnlosen Leben stehen, und integrieren sie in Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme. Im Rahmen dieser Art von Produktionsausweitung können wir sie, wie dies im Rahmen des Civil Conservation Corps (CCC) und anderer Einrichtungen in den 30er Jahren geschah, in einen Prozeß der Arbeit, Ausbildung und persönlichen Qualifizierung integrieren. Dies würde ausreichen, um die Produktion soweit auszuweiten, daß die USA realwirtschaftlich wieder rentabel arbeiten.

Über die meisten Einzelheiten dieser Gesetzesinitiative, die ich im Zusammenhang mit dieser Reform erörtere, haben wir bereits berichtet. Wir arbeiten noch mit Experten an Einzelfragen der Formulierung des Entwurfs...

Derzeit stehen wir vor dem Zusammenbruch des gesamten Weltwährungs- und -finanzsystems. Dieser Kollaps ist keineswegs notwendig, aber wenn wir so weiter machen, werden wir ihn erleben. Wir verfolgen daher zwei Ziele: Wir wollen den Kollaps verhindern, und sollte es dennoch dazu kommen, wie gehen wir dann vor? Diese Gesetzesinitiative genügt beiden Zielen. Aber wenn wir den Maschinenbausektor der amerikanischen Wirtschaft verloren haben, ist ein Wirtschaftsaufschwung viel schwieriger zu bewerkstelligen.

Der Unterschied zwischen Europa und den USA

Wir hatten mit Problemen dieser Art bereits in der Ära Roosevelt und der Ära nach Roosevelt zu tun. Europäische Systeme sind monetäre Systeme und keine Bundeskreditsysteme, und es liegt in der Natur einer parlamentarischen Regierung, in diese Richtung zu gehen. Demgegenüber dienten die USA in der Nachkriegszeit im Rahmen des Bretton-Woods-Systems als Quelle für Bundeskredite und waren daher in der Lage, langfristige Vereinbarungen mit Europa und anderen Regionen abzuschließen, bei denen der ausgeweitete US-Kredit als Motor der Entwicklung von Kredit für den Wiederaufbau diente, wie beispielsweise in Europa. So haben wir das damals gemacht.

Aus meiner Sicht sind die europäischen Regierungen derzeit schon aus rechtlichen Erwägungen nicht in der Lage, die erforderlichen Reformen durchzusetzen. Aber wenn die USA in dieser Hinsicht die ihnen angemessene Rolle vor dem Hintergrund der Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder aufnehmen, würde ein Aufschwung in den USA über internationale Verträge einen Prozeß der Kreditschöpfung im Rahmen internationaler Verträge in Gang setzen.

Lassen Sie mich erläutern, was ich damit meine: Wir haben einen Punkt erreicht, an dem das natürliche Schicksal Deutschlands heute insbesondere von der Entwicklung einer neuen Form der Herangehensweise an die eurasische Wirtschaft abhängt. In China leben etwa 1,4 Mrd. Menschen, in Indien sind es mehr als eine Milliarde. Aber entgegen der landläufigen Annahme ist China heute kein sicherer Platz, denn das Land hat sich stark in der Billiglohnproduktion für den Weltmarkt und insbesondere für die USA und Europa engagiert. Sollten die europäischen Volkswirtschaften wegbrechen, bedeutete dies für China eine Katastrophe. Indien hat in dieser Hinsicht einige Fortschritte gemacht, aber dennoch leben von der mehr als eine Milliarde Menschen 70 Prozent wie zuvor in extremer Armut. Es gibt dort immense Probleme. Sollten die europäischen und die amerikanische Volkswirtschaften kollabieren, wäre das für Asien insgesamt ein Desaster.

Trotz des Fortschritts, der z.B. in China und Indien erreicht wurde, stecken wir in einer verzweifelten Lage, in der es zu grundlegenden langfristigen Veränderungen kommen muß, die es den Ländern Asiens ermöglichen, ihre Probleme in den Griff zu bekommen. Wir haben in Europa eine Konfiguration, die dazu paßt: Da ist Westeuropa und insbesondere Mitteleuropa mit seinen Beziehungen zu Rußland. Und Rußland ist der Dreh- und Angelpunkt, der Europa mit Asien verbindet. Die großen, unerschlossenen Rohstoffvorkommen Rußlands sind für die Entwicklung Asiens entscheidend. Dazu muß ein größeres Entwicklungsprogramm in Rußland mit diesen Programmen kombiniert werden. Denn wir müssen effiziente Verbindungen und langfristige Vereinbarungen mit China, Indien und anderen Partnern entwickeln. Wir brauchen Programme, langfristige Verträge und Investitionen, und wir müssen Westeuropa „ankurbeln“, damit es seine Rolle als Entwickler und Lieferant von Technologie beibehalten kann, um damit die Entwicklung Asiens in den kommenden 50 Jahren zu unterstützen.

„Es reicht nicht, nur einfach Arbeitsplätze zu schaffen. Man muß vielmehr produktive Arbeitsplätze bereitstellen, die tatsächliches Wachstum im Sinne realer Wertschöpfung hervorrufen.“

US-Regierung reif für eine Wende

Möglicherweise haben einige von Ihnen während meines bisherigen Vortrages gedacht: „Aber was ist mit der jetzigen amerikanischen Regierung? Was ist mit dem derzeitigen Präsidenten und seinem Vizepräsidenten?“ Dieses Problem ignoriere ich nicht. Ich bin sogar an dem Prozeß beteiligt, zu versuchen, eine baldige Änderung der Situation zu bewerkstelligen.

Die Beliebtheit des Vizepräsidenten liegt bei einem Wert von unter zehn Prozent. Und dieser Vizepräsident wird sogar im Zusammenhang mit der Enttarnung

Ob auf den Straßen Berlins oder in der Demokratischen Partei in den USA – die LaRouche-Jugendbewegung mobilisiert weltweit Bevölkerung und Institutionen für LaRouches Vorschläge einer neuen Finanzordnung, eines „Neuen Bretton Woods" im Sinne Franklin Roosevelts.

der Ehefrau des früheren Botschafters Joseph Wilson, Valerie Plame, als CIA-Mitarbeiterin einer Straftat beschuldigt. Seine Motive für diese Tat liegen offen zutage. Wie Sie sicher wissen, hängt eine Verurteilung für eine Straftat unter anderem davon ab, ob man dem Richter und den Geschworenen ein plausibles Motiv vorlegen kann. Und das ist in diesem Fall jetzt geschehen. Damit ist immer noch nicht klar, wann Cheney aus dem Amt scheiden wird, aber wir sind in einer Situation, in der auch die französische Regierung und die Regierung Blair in England und noch einige andere Regierungen wie die amerikanische etwa, für radikale Veränderungen in naher Zukunft reif sind.

Die treibende Kraft hinter diesen Veränderungen ist die Erkenntnis, daß wir uns in der schlimmsten Finanzkrise der Neuzeit befinden. Sie kann bewältigt werden. Aber so wie sie sich derzeit darstellt, ist die Situation extrem gefährlich. Wir erleben eine Periode der Inflation, die man mit den Ereignissen in Deutschland in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 vergleichen kann. Betrachtet man die Entwicklung der Preise für Rohstoffe, Erdöl, Metalle usw., haben wir es in den vergangenen beiden Monaten mit einem doppelten Prozeß zu tun: Erstens sind die Rohstoffpreise stark inflationär, und zweitens brechen ganze Marktbereiche zusammen.

Die Hedgefonds, die praktisch Stoßtruppen der führenden Banken sind und die Spekulation massiv vorantreiben, sind im Verhältnis Eigenkapital/Kreditaufnahme im Verhältnis 1:20 massiv überschuldet. Derzeit investieren sie massiv in die Kontrolle der Rohstoffe, so wie dies außerhalb Deutschlands 1923 einige gemacht haben, die dann nach dem Zusammenbruch zurückkommen und alles billig aufkaufen wollten. Heute ist es ähnlich: Bestimmte Kreise streben die Kontrolle der Rohstoffe an, weil sie glauben, wenn die Weltwirtschaft kollabiert, seien diejenigen, welche die Rohstoffe kontrollieren, auf der sicheren Seite. Aber das wird nicht funktionieren. Es ist absurd, und die Leute, die dahinter stehen, sind vielleicht verrückt, aber sehr einflußreich. Und das ist immer eine schlechte Kombination: Einfluß und Wahnsinn.

Aufgrund der spekulativen Natur dieses Prozesses kommt es periodisch bereits zu massiven Einbrüchen auf den Märkten. Das bedeutet auf der einen Seite Hyperinflation, auf der anderen Seite Kollaps. Und das kann nicht so weitergehen.

Wir sind uns dessen bewußt. Und ich bin an dem Versuch beteiligt, die notwendigen Verbesserungen in der amerikanischen Regierung zu bewerkstelligen — keine umfassende Verbesserung, aber zumindest ein wenig.

Wenn ich also sage, wir setzen uns für diese Politik ein, die der Präsident ablehnt und die Cheney noch mehr als ablehnt, nun, vielleicht sind sie dann bald nicht mehr im Amt unter den gegenwärtigen Bedingungen.

Aber wir stehen vor dem Problem, daß die Zentralbanksysteme weltweit durch die Krise hoffnungslos bankrott sind. Viele meinen oberflächlich: „So schlimm ist das schon nicht, es könnte zu Problemen kommen, aber es muß nicht." Aber wie ich aus innerer Kenntnis aus den USA weiß — und wir diskutieren das mit Kreisen führender Ökonomen unterschiedlicher Couleur außerhalb der Regierung und innerhalb der Regierung — steht dieses System unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die Krise ist da. Und nur verantwortungsbewußte Regierungen, die der Stabilität der Nationen den Vorrang geben und die Chaos verhindern wollen, können die Krise bewältigen. Wir können das. Die Lehren aus den 30er Jahren in den USA deuten daraufhin, daß wir damit umgehen können. Wenn der politische Wille der Regierungen stark genug ist, können vernünftige Dinge getan werden, um unsere Volkswirtschaften zu reorganisieren und eine Katastrophe zu verhindern.

„Wir stehen vor dem Zusammenbruch des gesamten Weltwährungs- und -finanzsystems. Dieser Kollaps ist keineswegs notwendig, aber wenn wir so weiter machen, werden wir ihn erleben."

Der Mensch ist kein Tier

Wir haben es hier mit einem wesentlichen Problem zu tun, das für die europäische Geschichte charakteristisch ist. Europa begann als Europa insbesondere mit dem Einfluß einiger Ägypter auf die Entwicklung der Griechen — wie Thales, die Pythagoräer, Sokrates, Platon bis zu

„Wir sind heute in der Lage, sechs Milliarden Menschen und mehr auf diesem Planeten zu erhalten, weil im Verlauf der Jahrtausende vor uns Menschen, die in bestimmte Kulturen eingebunden waren, viele Entdeckungen gemacht haben, die die Fähigkeiten der Gattung Mensch erhöht haben."

Eratosthenes und Archimedes. Europa definierte die Basis einer Zivilisation auf der Grundlage der Fähigkeit des Menschen, andere Menschen nicht wie Tiere zu behandeln, auf der Grundlage seiner Fähigkeit eine Gesellschaft zu errichten, die über eine ausreichende Produktivkraft und den Willen verfügt, die menschliche Vernunft einzusetzen. Dann ist ein Staatswesen möglich, wie es etwa Solon beschreibt oder Platon in seinem Werk *Vom Gemeinwesen*. Diese Tendenz gab es in Europa immer, trotz des römischen und byzantinischen Imperiums, trotz des ultramontanen Systems des Mittelalters und aller anderen neuzeitlichen Probleme.

Der Westfälische Frieden von 1648 und zuvor die Renaissance bilden Wendepunkte, an denen Europa an das Erbe der europäischen Tradition anknüpfte und zunächst die Renaissance und dann später den Westfälischen Frieden hervorbrachte. Danach kamen schlechtere Zeiten, aber die Prinzipien waren vorhanden. Und wenn wir im Sinne der europäischen Zivilisation zivilisiert sind, wissen wir, daß sich der Mensch vom Tier unterscheidet. Der Mensch ist nicht wie etwa Thomas Huxley oder Friedrich Engels behaupten, ein Affe. Und diese Unterscheidung spielt vor allem bei meiner Wirtschaftsauffassung, die von Leibniz beeinflußt ist, eine zentrale Rolle: bei dem Konzept der physischen Wirtschaft. Wirtschaft ist in erster Linie physisch, und finanzielle und währungspolitische Aspekte sind nachgeordnete. Sie dienen der Verwaltung.

Was ist eine physische Wirtschaft? Wären wir Affen, wäre die menschliche Population unter den gegebenen Umständen nie über die Anzahl einiger weniger Millionen Exemplare hinaus gewachsen. Heute leben mehr als sechs Milliarden Menschen auf der Erde, weil wir als Gattung unsere Fähigkeit, uns die Natur nutzbar zu machen, ständig weiterentwickelt haben. Der russische Wissenschaftler Wladimir Wernadskij war der Ansicht, Leben übernähme mit der Entstehung der Biosphäre nicht nur die Herrschaft über die nichtlebenden Aspekte der Erde, sondern die Entwicklung der Erde, die Veränderungen der Erde aufgrund der zusammengenommenen Arbeit der Menschen, vor allem der schöpferischen Tätigkeiten der Menschen, verliefen schneller und seien einflußreicher als der Prozeß des Lebens selbst.

In der heutigen ökonomischen Betrachtung wird oft übersehen, daß der Anstieg der Arbeitsproduktivität sich im Kern aus ursprünglichen wissenschaftlichen Entdeckungen wie etwa Keplers Entdeckun der Schwerkraft oder der Entwicklung der Infinitesimalrechnung durch Leibniz oder den Entdeckungen von Gauß und Riemann ableitet. Dieses Konzept der Entdeckung universeller physikalischer Prinzipien macht den Unterschied zwischen Affen und Menschen aus.

Wir sind heute in der Lage, sechs Milliarden Menschen und mehr auf diesem Planeten zu erhalten, weil im Verlauf der Jahrtausende vor uns Menschen, die in bestimmte Kulturen eingebunden waren, viele Entdeckungen gemacht haben, die die Fähigkeiten der Gattung Mensch erhöht haben. Damit wird die Menschheit zu einer in gewisser Hinsicht unsterblichen Gattung. Über die Ideen, die wir entwickeln und die wir von der Vergangenheit in die Zukunft weitergeben, besitzen wir eine besondere Art der Unsterblichkeit, selbst vom Standpunkt der Ökonomie aus gesehen. Denn die Ideen in uns, die sich auf grundlegende Entdeckungen beziehen und die uns von vorangegangenen Generationen übergeben wurden, unterscheiden uns von Affen oder von Menschen, die es vorziehen, sich wie Affen zu verhalten. Oft geht in der Ökonomie das Verständnis für die Bedeutung tatsächlicher Kreativität, wie sie sich in grundlegenden wissenschaftlichen Entdeckungen aber auch in den Werken unsterblicher Kunst wie bei etwa Bach ausdrückt, verloren.

Der Bau unserer Zukunft

Heute haben wir es mit der Ideologie der sogenannten postindustriellen Kultur zu tun, einer Nullwachstumskultur. Man hat die Veränderungen hingenommen, die seit Mitte der 60er Jahre bis heute erfolgten und die einen grundsätzlichen Wandel der europäischen Zivilisation herbeiführten. Bis dahin waren wir trotz aller Fehler und Schwächen in den Gesellschaften führend, die sich wissenschaftlich-technischem Fortschritt verpflichtet fühlten. Wir waren stolz auf unsere Entwicklungsingenieure im Maschinenbau, die in gewisser Hinsicht die Verbindung zwischen Wissenschaft und der Verbesserung der Technologie in der Produktion verkörpern.

Dies alles haben wir zerstört. Wir haben die Infrastruktur zerstört, auf der unsere Industrie beruht. Diese verschwindet, und mit ihr das Wissen. Die Bedeutung jener Maschinenbauentwicklungsingenieure, die ich in den USA zu retten versuche, liegt darin, daß sie die physikalische Entdeckung, die ein Wissenschaftler gemacht hat, mit speziell dazu konzipierten Experimenten überprüfen und dann das daraus gewonnen Wissen zur Entwicklung neuer Technologien oder Maschinen einsetzen. Das ist der Weg des Fortschritts. Das haben auch fortschrittliche Landwirte so gemacht. Und das haben wir zerstört.

Ob mein Vorschlag erfolgreich ist, hängt davon ab, ob wir junge Menschen, junge Erwachsene, die die kommenden 50 Jahre der Wirtschaft repräsentieren, integrieren können, denn es geht hier um Investitionen über einen Zeitraum von 25-50 Jahren. Wir brauchen eine Generation junger Menschen, die sich an wissenschaftlichen Errungenschaften und deren Anwendung orientiert. Wir müssen unser Bildungs- und Ausbildungswesen verändern, damit dort diese Art von Menschen herangebildet werden. Und wir müssen ihnen dann klarmachen: „Ihr seid die Zukunft, sie liegt in euren Händen."

Das ist die wesentliche Grundlage meines Aktionsprogramms. Wenn wir eine demoralisierte Welt, in der die dominierenden Generationen in den heutigen USA und Europa keine Hoffnung mehr in die Zukunft setzen, nicht überzeugen können, müssen wir uns an die Jugend, die eine Zukunft haben will, wenden und ihr sagen: „Wir versprechen euch eine Zukunft." Und dann können wir die größte aller wirtschaftlichen Ressourcen freisetzen – wir können sie „Anstieg der Produktivität" nennen –, indem wir den jungen Menschen sagen, daß wir sie dabei unterstützen, sich zu kreativen Persönlichkeiten zu entwickeln, deren zusammengenommene Anstrengungen die Menschheit in den kommenden 50 Jahren weiterentwickeln werden. Denn dann werden sie den „Laden" übernehmen.

www.larouchepac.org

Den ungekürzten Vortrag finden Sie in der Wochenzeitung „Neue Solidarität" Nr. 24, 2006. www.solidaritaet.com/neuesol/2006abo/24/larouche.htm.

Mit modernster Industrie kann Berlin 1 Million Arbeitsplätze schaffen!

Neue Solidarität

Ein neues Bretton Woods: Die Welt von morgen

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität und die LaRouche-Jugendbewegung führen weltweit die Mobilisierung für eine Neue Gerechte Weltwirtschaftsordnung an. Mit diesen Flugschriften und der Wochenzeitung Neue Solidarität können wir dieses Ziel erreichen und die faschistischen Interessen hinter der Globalisierung bezwingen. Darum machen Sie mit, unterstützen Sie uns und verteilen Sie überall Material der BüSo.

✂ -

- ☐ Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- ☐ Ich habe _____ Euro auf das Spendenkonto der BüSo-Berlin überwiesen. Spendenkonto: Berliner Sparkasse, BüSo-Landesverband Berlin, Konto-Nr. 7200 22 878, BLZ 100 500 00
- ☐ Ich möchte selbst im Wahlkampf der BüSo aktiv werden: Schicken Sie mir _____ aktuelle Flugblätter und/oder _____ Exemplare dieser Broschüre (Schreibtischtäter) zum Verteilen.
- ☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität 4 Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____ E-Mail _____

Telefon _____

Datum, Unterschrift _____

Rufen Sie uns an:

BERLIN:

Hauptstadtbüro	030-8023405
Jugendbüro	030-46605971

LANDESVERBÄNDE:

NRW:	0211-733 78 62
Bayern:	089-725 40 11
Hamburg:	0171-8384092
BW:	0711-6773726
Niedersachsen:	0511-86 83 27
Sachsen (Dresden):	0351-4278140
Sachsen (Leipzig):	0341-2305848
Rheinland-Pfalz:	06131-23 73 84

www.wlym.de
www.bueso.de
www.solidaritaet.com
www.larouchepac.com

Postfach 652049
13315 Berlin

BüSo